



Der Bürgermeister



Niederschrift

zur 33. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Rates am Donnerstag, 03.04.2025, Stadthalle
Detmold, Schlossplatz 7, 32756 Detmold, großer Festsaal

Eröffnet: 17:00 Uhr
Geschlossen: 19:35 Uhr
Unterbrochen: 18:45 bis 19:00 Uhr (vor Beginn des nicht öffentlichen Sitzungsteils)

Anwesend:

Vorsitzender: Bürgermeister Frank Hilker

Ratsmitglieder:

Arens, Stefan	SPD	Hördemann, Celina	SPD	Rempel, Andreas	CDU
Bellion, Uta	B90/Grüne	Hübner, Viktor	AfD	Richter, Christ-Dore	SPD
Brand, Klaus	SPD	Kirchhübel, Uta	B90/Grüne	Schall, Wilhelm	Aufbruch C/ Freie Wähler
Conrad, Michael	B90/Grüne	Köhler, Jens		Scheuß, Rüdiger	SPD
Fasse, Marc	CDU	Köhne, Heinz-J.	SPD	Schmeißner, Karsten	B90/Grüne
Förster, Steven	CDU	Kottmann, Kai	SPD	Schmidt, Andreas	SPD
Friedrich, Rainer	SPD	Lömker, Klaus	SPD	Schriegel, Wolfgang	SPD
Gehler, Bianka	SPD	Menne, Evelin	Die Linke	Schröder, Detlef	Aufbruch C/ Freie Wähler
Gottschalk, Thomas	FDP	Mensenkamp, Andy	CDU	Schüte, Helmut-Volker	CDU
Grigat, Stephan	CDU	Meyer-Ehlert, Dr. B.	B90/Grüne	Stölting, Manfred	SPD
Grumich, Horst		Michael, Klaus		Sundhoff, Fr.-Wilhelm	CDU
Gwiasda, Reinhold	AfD	Neuling, Walter	B90/Grüne	Thelaner, Jörg	CDU
Hartmann, Renate	CDU	Ördek, Zülfü	SPD	Trappmann, Thomas	FDP
Hermanns-Siekman, D.	CDU	Peter-Werner, C.	SPD	Wisomiersky, Jan	CDU
Herrmann, Wulf-D.	B90/Grüne	Post, Roman	SPD	Witte, Elke	B 90/Grüne

Abwesend:

Konttori, Daniel	Die PARTEI
------------------	------------

Verwaltungsmitarbeiter*innen

Mikus, Dr. M.	I	Naumann, N.	FBL 1	Hollmann, T.	5.3.00
Lammering, T.	II	Klei, D.	1.0.21	Kölczer, M.	FBL 6
Peuker, M.	0.0.10	Dräbing, D.	1.0.70	Fenske, A.	FBL 7
Engelhardt, T..	0.0.20	Sonneborn, J.	FBL 2	Rox, C.	FBL 8
Lang, D.	0.0.20	Fenneker, S.	FBL 4	Hammann, J.	14
Hasenbein, A.	0.0.50	Stührenberg, U.	4.1.00	Pfeffer, S.	14
Wolf, J.	0.1.00	Beer, T.	4.2.00	Schwarz, K.H.	PR
Kölker, J.	0.1.60	Zimmermann, K.	FBL 5	Yalinkilicli, M. (Schriftführerin)	0.0.50

Herr Bürgermeister Hilker eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt wurde und der Rat beschlussfähig ist.

Zur Geschäftsordnung:

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:

TOP A 3

1. Beim Tagesordnungspunkt (TOP) A 3 wird das Schreiben des Herrn W. vom 27.03.2025 „**Rücknahme des Antrages auf Verleihung der Ehrenbürgerschaft**“ dem **TOP A 3.2** hinzugefügt.
2. Das **Schreiben des Deutsch-Syrischen Kulturvereins in Detmold** zur Bezahlkarte vom 02.04.2025 „Förderung einer diskriminierungsfreien und selbstbestimmten Integration von Geflüchteten“ wird als **TOP NEU A 3.6** behandelt.
3. Der **TOP ALT A 3.7 „Schreiben des Vorsitzenden des Ortsverbandes Detmold der Partei "DIE PARTEI" vom 21.03.2025: Anfrage zur Nutzung des Stadtwappens und Verwaltungsantwort vom 24.03.2025“** wird als **TOP NEU A 3.7** beraten.
4. Das **Schreiben des Lippischen Heimatbundes e.V.** vom 17.03.2025, hier eingegangen am 28.03.2025: „Namensgebung für das LWL-Freilichtmuseum Detmold“ wird der Tagesordnung als **TOP NEU A 3.8** zugeordnet.

TOP A 10

5. Das **Schreiben der FDP-Ratsfraktion** vom 03.03.2025 „Anträge zum Klimaschutz- und Energiekonzept“ wird als **TOP NEU A 10.1** beraten.
6. Das **Schreiben der CDU-Ratsfraktion** vom 11.03.2025 „Stellungnahme zum Klimaschutz- und Energiekonzept Detmold 2035“ wird der Tagesordnung als **TOP NEU A 10.2** hinzugefügt.

TOP A 14 und TOP B 6

7. Die **Vorlage Fb 1/072/2025** „Beitritt der Stadt Bad Salzuflen zu der Volkshochschule Detmold-Lemgo AöR; Letter of Intent (LoI)“ (**ALT TOP B 6**) wird als **TOP NEU A 14** behandelt.
8. Der TOP **Verschiedenes** (ALT TOP 14) wird zum **TOP NEU A 15**.
9. Die **Nummerierung** der TOPs **ab TOP B 5** ändert sich dann entsprechend.

Gegen diese Verfahrensweise werden keine Einwände erhoben.

Da im Übrigen keine Vorschläge zur Änderung der Tagesordnung erfolgen, verfährt das Gremium entsprechend der übersandten Tagesordnung.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1 Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitglieds

Herr Bürgermeister Hilker teilt mit, dass Herr Gwiasda, der auf der Reserveliste der AfD steht, als Ersatzmitglied für Herrn Baidin in den Rat nachrückt. Gemeinsam mit Ratsherrn Hübner hat er am 02.03.2025 die AfD-Ratsfraktion gegründet.

Der Bürgermeister verpflichtet das neue Ratsmitglied zu seinem Amt und zur gesetzmäßigen Wahrnehmung seiner Aufgaben durch Verlesen des Verpflichtungstextes:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und deren Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde.“

2 Wahl eines Ortsbürgermeisters für den Ortsteil Hiddesen Vorlage: VV/074/2025

Herr Bürgermeister Hilker würdigt das langjährige ehrenamtliche Engagement von Herrn Mellies, dem ehemaligen Ortsbürgermeister, der 31 Jahre im Dienst war. Er kündigt an, Herrn Mellies seinen Dank persönlich zu übermitteln.

Zudem heißt Herr Bürgermeister Hilker den neuen Ortsbürgermeister, Herrn Töpfer, willkommen und überreicht ihm einen Blumenstrauß zur Gratulation für sein neues Amt.

Der neue Ortsbürgermeister stellt sich vor und bedankt sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen.

Der Rat wählt Herrn Gerhard Töpfer zum Ortsbürgermeister für den Ortsteil Hiddesen.

Beschluss: einstimmig

3 Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern, Vorschläge und Anfragen der Politik, Informationen der Verwaltung

Ratsfrau Dr. Meyer-Ehlert weist auf einen Vorfall bei der Bundestagswahl in einem Wahlbezirk hin und kritisiert die Vorwürfe und Unterstellungen von AfD-Mitgliedern gegenüber den Wahlhelferinnen und Wahlhelfern in Bezug auf die Auszählung der Stimmen. Die Ratsfraktion B 90/Die Grünen lehnt jede Form der Einschüchterung gegenüber den ehrenamtlichen und hauptamtlichen Wahlhelferinnen und Wahlhelfern ab und spricht ihnen ihren Dank aus. Ratsherr Hübner erklärt, dass an dem Vorfall keine Mitglieder der AfD beteiligt waren.

Herr Bürgermeister Hilker äußert seine Anerkennung und Dankbarkeit gegenüber allen Wahlhelferinnen und Wahlhelfern für ihren engagierten Einsatz im Rahmen der demokratischen Prozesse. Zugleich verurteilt er in aller Deutlichkeit jegliche verbalen oder physischen Angriffe auf Wahlhelfende. Er weist in diesem Zusammenhang auf das geltende Hausrecht in den Wahllokalen hin und betont, dass bei Grenzüberschreitungen konsequent entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Die Stadt Detmold steht uneingeschränkt hinter ihren Wahlhelferinnen und Wahlhelfern und duldet keine Form der Bedrohung oder Einschüchterung.

Der Rat nimmt diese Ausführungen zur Kenntnis.

- 3.1 Eingabe nach § 24 GO: Schreiben des Herrn S. vom 14.02.2025 zur Ratssitzung am 06.02.2025 und Verwaltungsantwort vom 17.03.2025
-

Der Rat nimmt das Schreiben und die Verwaltungsantwort zur Kenntnis.

- 3.2 Schreiben des Herrn W. zur Verleihung der Ehrenbürgerschaft vom 03.02.2025 und (NEU) Schreiben vom 27.03.2025 Rücknahme des Antrages auf Verleihung der Ehrenbürgerschaft
-

Herr Bürgermeister Hilker erklärt, dass der Antrag zurückgezogen wurde.

Der Rat nimmt beide Schreiben zur Kenntnis.

- 3.3 Schreiben der Ratsfraktion CDU vom 12.03.2025:
Prüfung der Sanierungsmöglichkeiten und zukünftigen Nutzung des Heidehofs
-

Herr Bürgermeister Hilker verweist auf die Informationen, die im Rahmen der Sitzung des Ausschusses für Tiefbau- und Immobilienmanagement am 29.03.2025 zur Sanierung des Heidehofs erörtert wurden. Die wesentlichen Inhalte und Ergebnisse der Beratung sind dem Protokollauszug zu entnehmen, der diesem Tagesordnungspunkt zur weiteren Kenntnisnahme und Einordnung beigefügt ist.

Der Rat nimmt den Antrag und Protokollauszug sowie die Ausführungen zur Kenntnis.

- 3.4 Schreiben der Ratsfraktion CDU vom 12.03.2025:
Antrag zur Einführung einer Bezahlkarte für Asylsuchende
-

- 3.5 Schreiben der Ratsfraktionen B 90/Die Grünen und SPD und des Einzelratsmitglieds Frau Menne vom 18.03.2025: Antrag zur Bezahlkarte
-

- 3.6 (NEU) Schreiben des Deutsch-Syrischen Kulturvereins in Detmold zur Bezahlkarte vom 02.04.2025: Förderung einer diskriminierungsfreien und selbstbestimmten Integration von Geflüchteten
-

Die Tagesordnungspunkte A 3.4. bis A 3.6 werden en bloc beraten.
Gegen diese Vorgehensweise werden keine Einwände erhoben.

Herr Bürgermeister Hilker weist auf die regelmäßigen Berichte zur Einführung einer Bezahlkarte hin, die sowohl im Ausschuss für Soziale Angelegenheiten als auch im Rat vorgelegt wurden. Zudem hat der Städte- und Gemeindebund mehrere Schnellbriefe und Schreiben zu diesem Thema an das Land NRW versandt.
Er erläutert, dass in Lippe ein einheitliches Vorgehen aller 16 Kommunen angestrebt wird, wobei drei Kommunen bereits die Einführung der Bezahlkarte planen. Dabei betont er, dass es nach wie vor an einheitlichen und flächendeckenden Regelungen zur Einführung der Bezahlkarte mangelt und die Umsetzung mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand verbunden ist. Aus diesen Gründen hat sich ein Großteil der lippischen Kommunen für die sogenannte Opt-Out-Regelung entschieden.

Der Bürgermeister stellt klar, dass aus rechtlicher Sicht kein Antrag zur Einführung einer Bezahlkarte erforderlich ist, jedoch die Opt-Out-Regelung vom Rat beschlossen werden muss. Die Verwaltung hat aus Effizienzgründen keine zusätzliche Vorlage erstellt, da der gemeinsame Antrag der Ratsfraktionen B 90/Die Grünen und SPD sowie der Ratsfrau Menne alle wesentlichen Aspekte und die Position des Städte- und Gemeindebundes bereits umfasst. Herr Bürgermeister Hilker regt daher an, unter Berücksichtigung des Antrags der CDU-Ratsfraktion, über den gemeinsamen Antrag zur Opt-Out-Regelung zu entscheiden. Gegen diese Vorgehensweise werden keine Einwände erhoben.

Ratsfrau Dr. Meyer-Ehlert und Ratsherr Friedrich erläutern den gemeinsamen Antrag der Ratsfraktionen B 90/Die Grünen und SPD sowie der Ratsfrau Menne. Sie heben hervor, dass die Einführung einer Bezahlkarte mit einem erheblichen bürokratischen Aufwand verbunden ist und für die betroffenen Personen diskriminierende Auswirkungen haben kann. Sie appellieren an die übrigen Ratsfraktionen, sich dem Antrag anzuschließen.

Ratsherr Thelaner erläutert den Antrag der CDU-Ratsfraktion und erklärt, dass dieser darauf abzielt, die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen zu prüfen. Ratsherr Grigat verweist auf die Regelungen zum Detmold Pass und erklärt, dass Bargeldauszahlungen weitgehend ersetzt werden sollen, um Missbrauch zu verhindern.

Ratsfrau Menne kritisiert diesen Vergleich und verdeutlicht, dass der Detmold Pass Teilhabe ermöglichen soll, während die Bezahlkarte die betroffenen Personen ausschließt.

Ratsherr Hübner spricht sich für die Einführung einer Bezahlkarte aus und sieht darin eine sinnvolle Maßnahme.

Nach eingehender Diskussion stimmt der Rat unter Kenntnisnahme des Antrages der CDU-Ratsfraktion sowie des Schreibens des Deutsch-Syrischen Kulturvereins über den gemeinsamen

Antrag der Ratsfraktionen B 90/Die Grünen und SPD sowie der Ratsfrau Menne ab:

Der Rat beschließt:

1. Der Rat der Stadt Detmold sieht keine Notwendigkeit zur Einführung einer „Bezahlkarte“ für Geflüchtete im Zuständigkeitsbereich der Kommune und möchte am bewährten System der Leistungserbringung festhalten.
2. Dazu macht der Rat der Stadt Detmold von der sog. Opt-Out Regelung (§ 4 der Bezahlkartenverordnung NRW-BKV NRW v. 1.3.2025) Gebrauch und beschließt, dass die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) im Regelfall nicht mit einer Bezahlkarte erbracht werden.

Beschluss: mehrheitlich

bei Gegenstimmen der Ratsfraktionen AfD, Aufbruch C/Freie Wähler, CDU und FDP sowie des Ratsherrn Grumich und
bei 1 Enthaltung des Ratsherrn Michael

- 3.7 Schreiben des Vorsitzenden des Ortsverbandes Detmold der Partei "DIE PARTEI" vom 21.03.2025: Anfrage zur Nutzung des Stadtwappens und Verwaltungsantwort vom 24.03.2025
-

Herr Dräbing, Jurist und Leiter des Rechtsservice, weist auf die Richtlinien zur Nutzung des Stadtwappens der Stadt Detmold hin. Er erklärt, dass eine Verwendung zu politischen Zwecken nicht gestattet ist. Weiterhin berichtet er, dass der entsprechende Hinweis überprüft wurde und die betroffene Person aufgefordert wurde, das Stadtwappen zu entfernen. Aktuell tauche das Wappen noch auf einer Unterseite auf, wozu ein erneuter Hinweis erfolge.

Ratsherr Thelaner äußert sich hierzu, indem er ausführt, dass die Bürgermeisterkandidatin der CDU es nicht besser wusste und entschuldigt sich für die CDU-Fraktion in aller Form.

Der Rat nimmt die Ausführungen und die Schreiben zur Kenntnis.

- 3.8 (NEU) Schreiben des Lippischen Heimatbundes e.V. vom 17.03.2025, hier eingegangen am 28.03.2025: Namensgebung für das LWL-Freilichtmuseum Detmold
-

Herr Bürgermeister Hilker erklärt, dass er im nicht öffentlichen Teil der Sitzung unter dem Tagesordnungspunkt B 7 „Verschiedenes“ über den aktuellen Sachstand zur Namensänderung berichten wird.

Der Rat nimmt das Schreiben zur Kenntnis.

- 4 Bürgerbegehren „Ja, ins Museum!“ nach § 26 GO NRW zur ehem. Hofsynagoge in der Bruchmauerstr. 37;
hier: Vorprüfung der Zulässigkeit
Vorlage: Fb 1/084/2025
-

Der Rat stellt fest, dass das Bürgerbegehren „Ja, ins Museum“ unzulässig ist.

Beschluss: **mehrheitlich**

bei 2 Gegenstimmen der AfD-Ratsfraktion
und 2 Enthaltungen der Ratsherren Grigat (CDU) und Michael

- 5 Genehmigung der Niederschrift über die 32. öffentliche Sitzung vom 06.02.2025
-

Der Rat genehmigt einstimmig die Niederschrift über die 32. öffentliche Sitzung vom 06.02.2025.

6 Umbesetzung von Ausschüssen und anderen Gremien

6.1 Schreiben der Ratsfraktion AfD vom 19.03.2025 zur Umbesetzung von Ausschüssen und anderen Gremien

Der Rat der Stadt Detmold beschließt auf Vorschlag der AfD-Ratsfraktion folgende Umbesetzungen:

Haupt-und Finanzausschuss

Stv. Mitglied

N.N. (alt)

Ratsmitglied Reinhold Gwiasda (neu)

Jugendhilfeausschuss

Mitglied

Sachkundiger Bürger Ewald Schrey (alt)

Sachkundiger Bürgerin Marion Kronshage (neu)

Stv. Mitglied

N.N. (alt)

Sachkundiger Bürger Jürgen Alhäuser (neu)

Ausschuss für Schule und Sport

Stv. Mitglied

Sachkundiger Bürger Ewald Schrey (alt)

Sachkundige Bürgerin Raja Gärtner (neu)

Ausschuss für Tiefbau und Immobilienmanagement

Stv. Mitglied

Sachkundiger Bürger Simon Niederleig (alt)

Sachkundiger Bürger Roman Rutt (neu)

Ausschuss für Stadtentwicklung

Mitglied

N.N. (alt)

Sachkundiger Bürger Simon Niederleig (neu)

Stv. Mitglied

Ratsmitglied Viktor Hübner (alt)

Sachkundiger Bürger Marc Köller (neu)

Ausschuss für Städtische Betriebe, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stv. Mitglied

Sachkundiger Bürger Marc Köller (alt)

Sachkundiger Bürger Volker Brauner (neu)

Ausschuss für Kultur, Tourismus, Marketing und Kultureinrichtungen

Stv. Mitglied

N.N. (alt)

Sachkundige Bürger Volker Brauner (neu)

Rechnungsprüfungsausschuss

Mitglied

N.N. (alt)

Sachkundiger Bürger Marc Köller (neu)

Stv. Mitglied

Ratsmitglied Viktor Hübner (alt)

Sachkundiger Bürger Valerij Zahn (neu)

Wahlprüfungsausschuss

Mitglied

N.N. (alt)

Sachkundiger Bürger Marc Köller (neu)

Stv. Mitglied

Ratsmitglied Viktor Hübner (alt)

Sachkundiger Bürger Valerij Zahn (neu)

Gleichstellungsbeirat

Mitglied

Sachkundiger Bürger Ewald Schrey (alt)

Sachkundige Bürgerin Raja Gärtner (neu)

Integrationsrat

Stv. Mitglied

N.N. (alt)

Ratsmitglied Reinhold Gwiasda (neu)

Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderung

Stv. Mitglied

Ratsmitglied Viktor Hübner (alt)

Sachkundiger Bürger Valerij Zahn (neu)

Seniorenbeirat

Mitglied

Sachkundiger Bürger Ewald Schrey (alt)

Sachkundiger Bürger Jürgen Alhäuser (neu)

DetCon GmbH-Aufsichtsrat

Mitglied

N.N. (alt)

Sachkundiger Bürger Rolf-Arno Maertzke (neu)

Stv. Mitglied

Ratsmitglied Viktor Hübner (alt)

Sachkundiger Bürger Roman Rutt (neu)

Sparkasse Paderborn-Detmold- Höxter- Zweckverbandsversammlung

Mitglied

N.N. (alt)

Ratsmitglied Reinhold Gwiasda (neu)

Stadtverkehr Detmold GmbH –Beirat

Stv. Mitglied

Sachkundiger Bürger Marc Köller (alt)

Sachkundiger Bürger Roman Rutt (neu)

Volkshochschule Detmold-Lemgo- Beirat

Stv. Mitglied

Sachkundiger Bürger Ewald Schrey (alt)

Sachkundiger Bürger Volker Brauner (neu)

Beschluss: einstimmig

6.2 Umbesetzung Gleichstellungsbeirat Vorlage: 15/080/2025

Der Rat beschließt auf Vorschlag der Detmolder Organisation pro familia folgende Umbesetzung:

Elke Raker wird für Doris Weiß als 2. persönliche Stellvertretung für Marie Welpmann, Frauenberatungsstelle Alraune e.V., gewählt.

Beschluss: einstimmig

7 Antrag auf Verlegung von Stolpersteinen
Vorlage: VV/041/2025

Herr Bürgermeister Hilker erklärt, dass in der aktuellen Wahlperiode 24 Stolpersteine und eine Stolperschwelle in Detmold bereits verlegt wurden und drei weitere hinzukommen.

Der Rat beschließt, dem Antrag auf Verlegung von insgesamt drei Stolpersteinen im Ortsteil Pivitsheide V.L., Oerlinghauser Straße 122, zuzustimmen.

Beschluss: einstimmig

8 Kindertageseinrichtungen in Detmold - Quantitative Bedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2025/2026 und planerischer Ausblick
Vorlage: Fb 2/048/2025

Frau Sonneborn, Fachbereichsleitung 2, stellt die Vorlage vor und beantwortet die Fragen der Ratsmitglieder zu den Gründen für die Umsiedelung der Kindertageseinrichtung Pinneichen in den Sozialraum 7 (Sichterwiese). Sie erläutert, dass das derzeitige Provisorium der Kindertageseinrichtung Pinneichen bislang noch nicht durch eine dauerhafte Einrichtung ersetzt werden konnte. Eine dauerhafte Etablierung ist jedoch am Standort Sichterwiese geplant.

Der Rat beschließt die Planung für das Kindergartenjahr 2025/2026 und den planerischen Ausblick mit folgenden Eckpunkten:

1. Der Anspruch auf frühkindliche Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege für Kinder, die das erste Lebensjahr vollendet haben bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres, wird erfüllt. Gemäß der Beschlussvorlagen (Fb 2/081/2021 und Fb 2/059/2023) soll die festgelegte Zielquote von 39 % (an der Gesamtzahl der 0-3-Jährigen bemessen) bestehen bleiben. Die Quote erweist sich zum jetzigen Zeitpunkt dem Bedarf und der Entwicklung der Kinderzahlen als angemessen.
2. Der Rechtsanspruch auf einen Tagesbetreuungsplatz für Kinder im Alter von 3 Jahren bis zum Beginn der Schulpflicht wird erfüllt. Gemäß der Beschlussvorlagen (Fb 2/081/2021 und Fb 2/059/2023) hat sich die angestrebte Versorgungsquote in Höhe von 97 % als zielführend erwiesen. Die geplanten Maßnahmen dienen insbesondere dem Platzerhalt.

Damit bleiben die bereits im Jahr 2021 beschlossenen Zielquoten bestehen.

Beschluss: einstimmig

9 Vorstellung der Ergebnisse der Kommunalen Wärmeplanung
Vorlage: Fb 5/015/2025

Herr Bürgermeister Hilker informiert, dass die Ergebnisse der Kommunalen Wärmeplanung bereits in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 19.02.2025 vorgestellt wurden. Er kritisiert, dass der Zuwendungsbescheid inzwischen widerrufen wurde, und betont, dass die Stadt Detmold gegen diesen Widerruf Widerspruch eingelegt hat. Sollte dem Widerspruch nicht stattgegeben werden, plant die Stadt Detmold, im nächsten Schritt Klage einzureichen.

Frau Dr. Mikus, Erste Beigeordnete und Kämmerin, fasst die wesentlichen Aspekte der Vorlage zusammen und beantwortet die Fragen der Ratsmitglieder zum weiteren Vorgehen sowie zur Information der betroffenen Personen. Sie erläutert, dass die Verwaltung in enger Zusammenarbeit mit den Stadtwerken an einem Kommunikationskonzept arbeitet, um alle Beteiligten transparent zu informieren.

Der Rat nimmt die Ausführungen und die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

10 Grundsatzbeschluss Klimaschutz- und Energiekonzept Detmold 2035
Vorlage: VV/025/2025

10.1 (NEU) Schreiben der FDP-Ratsfraktion vom 03.03.2025:

„Anträge zum „Klimaschutz- und Energiekonzept“

10.2 (NEU) Schreiben der CDU-Ratsfraktion vom 11.03.2025:

„Stellungnahme zum Klimaschutz- und Energiekonzept Detmold 2035“

Herr Bürgermeister Hilker verweist auf die Beratungen in den Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung am 19.02.2025, 13.03.2025 und zuletzt am 02.04.2025. Er teilt mit, dass der Antrag der FDP-Ratsfraktion mehrheitlich abgelehnt wurde, während die Vorlage unter Berücksichtigung der Stellungnahme der CDU-Ratsfraktion mehrheitlich empfohlen wurde.

Ratsherr Trappmann erläutert den Antrag der FDP-Ratsfraktion und regt an, den Antrag auch im Rat abstimmen zu lassen.

Der Rat stimmt über den **Antrag der FDP-Ratsfraktion** ab:

1) Der Beschluss über das „Klimaschutz- und Energiekonzept 2035“ wird nicht mehr in dieser Wahlperiode getroffen. Er wird stattdessen zur weiteren Beratung an die Gremien der neuen Wahlperiode ab November 2025 verwiesen.

Abstimmung: *mehrheitlich abgelehnt*

*bei Ja-Stimmen der Ratsfraktionen FDP, Aufbruch C/Freie Wähler und CDU
und der Ratsherren Grumich und Köhler*

Sofern dieser Antrag unter **1) keine Mehrheit findet**, stellt die FDP-Ratsfraktion **folgende Anträge**:

2) Änderung der Beschlussfassung (in fetter Schrift):

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt, der Rat beschließt das vorliegende Klimaschutz- und Energiekonzept zur Erreichung der Treibhausgasneutralität **gemäß der gesetzlichen Zielvorgaben bis spätestens 2045, wobei die Stadt Detmold ein wesentlich früheres Ziel (2035) anstrebt.**

Abstimmung: *mehrheitlich abgelehnt*

bei Ja-Stimmen der Ratsfraktionen FDP, Aufbruch C/Freie Wähler und CDU
(ohne Ratsherrn Grigat) sowie des Ratsherrn Köhler

3) Ergänzung der Beschlussfassung (in fetter Schrift):

Die Verwaltung wird beauftragt dem Rat konkrete Maßnahmen zur Umsetzung des Konzepts vorzulegen und jährlich über den Fortschritt auf dem Weg zur Klimaneutralität zu berichten.

Zu priorisieren sind dabei Maßnahmen, die sich aus der Kommunalen Wärmeplanung ergeben. Diesen Maßnahmen ist Vorrang einzuräumen. Der anhängende Maßnahmenkatalog ist dabei unverbindlich und stellt Möglichkeiten dar, wie etwaige Handlungsfelder zum Erreichen der Treibhausgasneutralität aussehen könnten.

Abstimmung: *mehrheitlich abgelehnt*

bei Ja-Stimmen der FDP-Ratsfraktion und des Ratsherrn Schall (Aufbruch C/
Freie Wähler)

4) Ergänzung der Beschlussfassung (in fetter Schrift):

Jede Einzelmaßnahme im Rahmen des Klima- und Energiekonzepts Detmold 2035 bedarf vor ihrer Umsetzung der Zustimmung durch den Stadtrat.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind nach einheitlichen Kriterien zu beurteilen.

Als Kriterien sind dabei anzuwenden:

- 1. Gesamtaufwand (Kosten für Investitionen und Finanzierung, Personalaufwand), gerechnet über den gesamten Realisierungszeitraum.**
- 2. Realisierungszeitraum in Jahren**
- 3. Interne und externe Personalaufwendungen**
- 4. Reduktion von CO₂ in t/a und prozentualer Beitrag zur Klimaneutralität**

Abstimmung: *mehrheitlich abgelehnt*

bei Ja-Stimmen der FDP-Ratsfraktion und der Ratsherren Schall (Aufbruch C/
Freie Wähler) und Köhler

Im Anschluss stimmt der Rat, unter Berücksichtigung der Stellungnahme der CDU-Ratsfraktion, über den **Beschlussvorschlag der Vorlage VV/025/2025** ab:

Der Rat beschließt das vorliegende Klimaschutz- und Energiekonzept 2035 als Grundlage zur Erreichung der Treibhausgasneutralität bis spätestens 2035.

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat konkrete Maßnahmen zur Umsetzung des Konzepts vorzulegen und jährlich über den Fortschritt auf dem Weg zur Klimaneutralität zu berichten.

Beschluss: **mehrheitlich**

bei Gegenstimmen der Ratsfraktionen AfD, Aufbruch C/Freie Wähler, FPD
und CDU sowie des Rats Herrn Köhler

- 11 Förderprogramm zur „Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel“,
Förderprojekt „Von Traumparks zu Zukunftsparks“, Bestätigung der Finanzierung
Vorlage: Fb 6/069/2025
-

Ratsherr Herrmann erklärt zu Protokoll, dass er der Vorlage unter dem Vorbehalt zustimmt, dass im Nachhinein eine detaillierte Darstellung der Finanzierung der Eigenanteile des LWL-Freilichtmuseums erfolgt.

Der Rat der Stadt Detmold bestätigt, dass der Eigenanteil für die Gesamtmaßnahme in Höhe von 1,1 Mio. € im Durchführungszeitraum sichergestellt ist.

Beschluss: **mehrheitlich**

bei 2 Gegenstimmen der AfD-Ratsfraktion und
1 Enthaltung des Rats Herrn Michael

- 12 Detmolder Mietspiegel 2025
Vorlage: Fb 6/060/2025
-

Der Rat erkennt den vorliegenden Mietspiegel als qualifizierten Mietspiegel 2025 für die Stadt Detmold nach § 558d BGB an.

Beschluss: **einstimmig**

- 13 Anzeigepflicht von Nebentätigkeiten nach § 8 Abs. 2 Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW
Vorlage: VV/040/2025
-

Der Rat nimmt den Inhalt der Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

- 14 (NEU) Beitritt der Stadt Bad Salzuflen zu der Volkshochschule Detmold-Lemgo AöR; Letter of Intent (LoI)
Vorlage: Fb 1/072/2025
-

Ratsfrau Dr. Meyer-Ehlert regt an, den Beschlussvorschlag um den Begriff „organisatorische“ Synergieeffekte zu erweitern.

Gegen diesen Vorschlag werden keine Einwände erhoben.

Herr Bürgermeister Hilker lässt sodann über den **ergänzten** Beschlussvorschlag abstimmen:

Dem u. a. Letter of Intent (LoI) wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen, dass die Stadt Bad Salzuflen der Volkshochschule Detmold-Lemgo AöR beitrifft, um für alle beteiligten Kommunen finanzielle **und organisatorische** Synergieeffekte zu erzielen.

Beschluss: einstimmig

- 15 Verschiedenes
-

Herr Bürgermeister Hilker informiert zu folgenden Themen:

1. Rot-orangefarbene Kugel am Kreisverkehr Anne-Frank-Straße/Richthofenstraße

Aus bislang ungeklärten Gründen ist die Aufhängung der Kugel an zwei von vier Stellen gerissen. Ein multiprofessionelles Team der Stadtverwaltung arbeitet zusammen mit externen Fachleuten daran, die Ursache und den genauen Hergang des Vorfalls zu ermitteln. Basierend auf den gewonnenen Erkenntnissen wird anschließend entschieden, wie mit dem Kunstwerk verfahren wird. Im Ausschuss für Kultur, Tourismus, Marketing und Bildungseinrichtungen wird über den aktuellen Stand berichtet.

2. Umsetzung des OGS-Rechtsanspruchs:

Die beiden kommunalen Spitzenverbände in Nordrhein-Westfalen - der Städte- und Gemeindebund sowie der Städtetag - haben sich darauf verständigt, die Rechtmäßigkeit der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen offenen Ganztagsplatz im Rahmen einer Feststellungsklage gerichtlich überprüfen zu lassen. Die Kommunen werden aufgerufen, sich an dieser Sammelklage zu beteiligen. Herr Bürgermeister Hilker kritisiert in diesem Zusammenhang, dass sich der Landkreistag nicht an dem gemeinsamen Vorgehen beteiligt. Dieser betrachtet die Thematik als ausschließliche Angelegenheit der Gemeinden und Kommunen und sieht daher keine Veranlassung zur Mitwirkung.

Der Bürgermeister erklärt, dass der Rat der Stadt Detmold in seiner Sitzung am 31.10.2024 einstimmig bei Enthaltungen der CDU-Ratsfraktion den Grundsatzbeschluss gefasst hat, eine Konnexitätsklage zur Umsetzung des OGS-Rechtsanspruches vorzubereiten. Auf Grundlage dieses Beschlusses wird die Stadt Detmold gegenüber dem StGB NRW die Bereitschaft erklären, Klage beim Verwaltungsgericht Minden einzureichen.

3. Windenergieanlagen auf der Gauseköte und gemeinsame Pressemitteilung

Bereits vor einer Woche wurde in der Presse über die Genehmigung von sieben Windenergieanlagen auf der „Gauseköte“ sowie in den Gemeinden Schlangen und Horn-Bad Meinberg berichtet. Herr Bürgermeister Hilker kritisiert, dass die Stadt Detmold erst am heutigen Nachmittag offiziell durch den zuständigen Kreis Lippe über diese Entscheidung informiert wurde.

Zudem verweist er auf die Berichterstattung in den Medien und äußert deutliche Kritik am Tonfall und an der inhaltlichen Ausgestaltung der öffentlichen Debatte. Er weist die erhobenen Vorwürfe in aller Deutlichkeit zurück und appelliert an alle Beteiligten, in der Diskussion um die Windräder auf der „Gauseköte“ zur Sachlichkeit zurückzukehren. Besonders im Hinblick auf die öffentlichen Äußerungen gegen das Haus zur Lippe und das Obergericht schlägt er vor, eine gemeinsame Presseerklärung zu verfassen, um größeren Schaden von prägenden Persönlichkeiten der Stadtgesellschaft sowie von der Stadt Detmold abzuwenden. Ein entsprechender Entwurf für eine gemeinsame Pressemitteilung wurde bereits vor der Ratssitzung an die Ratsmitglieder zur Abstimmung übermittelt.

Ratsfrau Frau Dr. Meyer-Ehlert hält eine Stellungnahme nicht für die Aufgabe des Rates und betrachtet sie daher als unangemessen. Ratsfrau Menne äußert sich ebenfalls kritisch gegenüber dem Vorschlag der gemeinsamen Pressemitteilung. Ratsherr Grigat ist der Ansicht, dass der Rat sich zu den Behauptungen nicht äußern sollte.

Ratsherr Thelaner stellt klar, dass die CDU-Ratsfraktion eine gemeinsame Pressemitteilung unterstützt. Ratsherr Friedrich teilt mit, dass die SPD-Ratsfraktion eine gemeinsame Erklärung für erforderlich hält. Ratsherr Trappmann erklärt, dass die FDP-Ratsfraktion eine Presseerklärung befürwortet.

Nach eingehender Diskussion stimmt der Rat über die **gemeinsame Pressemitteilung** ab:

Beschluss: **mehrheitlich**

bei Gegenstimmen der Ratsfraktionen B 90/Die Grünen sowie der Ratsfrau Menne und der Ratsherren Grigat (CDU) und Köhler

Der Rat nimmt diese Informationen zur Kenntnis.

Nachrichtlich:

Die Pressemitteilung wurde dem Tagesordnungspunkt beigelegt.

Detmold, 16.04.2025

Detmold, 16.04.2025

Der Bürgermeister

Schriftführerin

Frank Hilker

M.Yalinkilici